



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Vor der Entscheidung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

fügung stelle. Schon jetzt aber freue ich mich auf den Ärger meiner geehrten Kollegen von den „Neuesten Nachrichten“ und vom „Generalanzeiger“ über diesen neuen Erfolg des „Tageblatts.“

Ausgezeichnet! Es lebe der Obmann des Meierdenkmalsausschusses! riefen lachend die beiden andern.

Und der Herausgeber des Dichters und sein Protektor! entgegnete Windmantel geschmeichelt.

Die drei wackern Männer schüttelten einander lebhaft die Hände und fuhren in dem erhebenden Bewußtsein, soeben etwas Großes für die deutsche Litteratur beschlossen zu haben, ihrer teuern Vaterstadt Tzingen entgegen.



Vor der Entscheidung



Der Streit um die Militärvorlage nähert sich seiner unter allen Umständen schicksalsvollen Entscheidung. Die verschiedensten Gesichtspunkte sind dabei von beiden Seiten geltend gemacht worden, meist unterschiedslos und ohne daß der Kern der Sache immer und überall mit der nötigen Schärfe getroffen worden wäre. Denn zunächst müssen zwei Fragen, als rein technische, von den Gründen für und wider ausgeschieden werden. Ob und in welchem Umfange die zweijährige Dienstzeit der Fußtruppen — denn nur von diesen ist die Rede — ohne Schädigung der Tüchtigkeit des Heeres durchgeführt werden kann, das zu beurteilen ist ausschließlich die Aufgabe der militärischen Sachmänner, und auf welchen Wegen die Geldmittel dafür aufzubringen sind, darüber haben die Finanzmänner der Regierung und des Reichstags zu befinden. Es ist in ersterer Beziehung nicht entscheidend, wenn die zweijährige Dienstzeit auf eine starke Opposition auch in militärischen Kreisen trifft, wie es in der That der Fall zu sein scheint, denn jede Reform derart wird auf heftigen Widerstand stoßen, wie bekanntlich nach 1807 kein geringerer als York zu den entschiedensten Gegnern Scharnhorsts gehört hat, und es ist ebenso gleichgiltig, daß die Verkürzung der Dienstzeit ein alter Lieblingswunsch der Liberalen ist, dessen Verwirklichung sie gern als Kompensation gegen die Vermehrung der Heeresausgaben durchsetzen möchten, denn für die Sicherheit des Vaterlandes giebt es keine Kompensationen.

Also lassen wir beide Fragen hier ganz aus dem Spiele. Worauf es allein ankommt, das ist der Beweis für die politische Notwendigkeit einer so

gewaltigen Heeresverstärkung. Diesen Beweis haben die Offiziere bisher, ganz abgesehen noch von der sonderbaren Geheimthuerei bei der Einbringung einer so tief einschneidenden Vorlage, ungeschickt und unvollständig geführt. Es ist die Landwehr in einer ebenso unbegreiflichen als ungerechten Weise verunglimpft worden, es ist sogar die Autorität Moltkes in Bezug auf die Bedeutung Belforts in Zweifel gezogen und die wahrhaft kläglich schwachmütige Behauptung aufgestellt worden, daß Süddeutschland ohne die geforderte Heeresverstärkung nicht geschützt werden könne. Wenn das vor 1870, vor der Erwerbung der festen Vogesengrenze, vor der Eroberung von Straßburg und Metz einigermaßen begründet sein mochte, obwohl 1870 der Gegenbeweis glänzend geführt worden ist, so kann doch jetzt dergleichen nicht mehr ernsthaft behauptet werden. Endlich wird immer und immer wieder der Krieg auf zwei Fronten als unvermeidlich hingestellt, und zwar mit dem Hintergedanken, daß wir einen solchen der Hauptsache nach allein würden auszufechten haben. Nun kann zunächst heute kein Mensch, auch der erfahrenste Diplomat nicht, wissen, ob jener Fall überhaupt eintreten wird, und nicht oft und nicht energisch genug kann betont werden: es ist ausschließlich die Pflicht der deutschen Staatsleitung, dafür zu sorgen, daß diese Möglichkeit nicht eintritt, und daß, wenn sie dennoch eintreten sollte, wir dann nicht allein stehen. Das wird dann am besten gelingen, wenn unsre Nachbarn, vor allem Rußland, davon überzeugt sind, daß Deutschland politisch niemals einen Angriffskrieg führen wird, und daß es unter allen Umständen nur für seine eignen Interessen zu den Waffen greifen wird, nicht einmal für die besondern Interessen Oesterreichs auf der Balkanhalbinsel, am wenigsten für die gierige Handelspolitik des britischen Polyperreichs. Die Zeit, wo sich England für englische Sovereigns deutsche Fürsten kaufte, um mit deutschem Blute seine Welthandelsstellung und Kolonialherrschaft zu behaupten oder auszu dehnen, ist unwiderruflich vorbei, das muß allen klar sein, darüber darf in London wie in Petersburg nicht der mindeste Zweifel gelassen werden. Hat doch einmal Fürst Bismarck sogar dem Kaiser von Oesterreich gesagt, er möge die Russen ruhig nach Konstantinopel marschieren lassen und abwarten, bis die Engländer den ersten Kanonenschuß abfeuerten; die Russen seien für Oesterreich viel leichter angreifbar, wenn sie nicht nur nördlich, sondern auch südlich von der Donau stünden. Und darauf ist die Staatskunst des Fürsten Bismarck in kaltblütiger Erwägung unsrer Interessen stets ausgegangen, jene Überzeugung überall zu begründen und zu befestigen. Das ist der Probirstein für die Staatsleitung seines Nachfolgers; hic Rhodus, hic salta! Ob Graf Caprivi freilich diese Probe bestehn wird? Sollen seine Erklärungen vor der Kommission etwa andeuten, daß Deutschland der russischen Orientpolitik unter allen Umständen entgegentreten wird? Soll sich die Spitze der deutschen Politik jetzt gegen Rußland, statt gegen Frankreich kehren? Das wäre ein verhängnisvoller Fehler, denn das hieße doch in erster

Linie die Geschäfte Englands besorgen! Der Bestand Österreichs ist eine Lebensfrage für Deutschland, aber das russische Kreuz auf der Sophienkirche darf uns keine Kopfschmerzen bereiten.

Aber wir wollen annehmen, daß wir den Krieg auf zwei Fronten führen müßten, allerdings im Bunde mit Österreich. Auch das braucht uns nicht zu erschrecken. Friedrich der Große hat mit der schwachen und unzuverlässigen Unterstützung Englands gegen drei Großmächte gerungen, von denen jede weit stärker war als er, und er hat im Friedensschlusse nicht einen Fuß breit seines Gebiets verloren. Und Graf Moltke war auf den Fall eines gleichzeitigen Krieges gegen Frankreich und Rußland mit der jetzigen Heeresstärke vollständig gerüstet. Er hat es 1879 für möglich erklärt, im Bunde mit Österreich durch einen raschen Vorstoß erst mit Rußland fertig zu werden und uns Frankreich gegenüber so lange auf die Verteidigung zu beschränken. Auch das Umgekehrte wäre vielleicht denkbar, daß wir erst durch einen kräftigen Angriff mit Frankreich abrechneten und uns bis zu diesem Zeitpunkte gegen Rußland auf die Verteidigung beschränkten. Was eine solche unter Umständen vermag, wie furchtbare Opfer sie dem Angreifer auferlegen kann, das haben die Russen selbst bei Sewastopol und am Schiplapasse bewiesen, vor Plewna erfahren. Es darf dabei doch auch nicht vergessen werden, daß ja der russische Vormarsch gegen Deutschland von Ostpreußen und von Galizien her in der Flanke bedroht wird, also ein sehr schwieriges Unternehmen ist, und daß umgekehrt ein deutsch-österreichischer Angriff auf Rußland sich schwerlich das Ziel setzen würde, auf Moskau vorzudringen und vermutlich höchstens bis an die Pripetsümpfe, die natürliche Grenze zwischen Polen und Rußland, kommen würde. Denn die Stärke Rußlands liegt nach Landes- und Volksart in der Verteidigung.

Es müßte also der Beweis geführt werden, daß unsre bisherige Heeresstärke für die eben bezeichnete Doppelaufgabe nicht genüge, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß Österreich zu uns steht, denn Deutschland allein wird an Truppenzahl den Franzosen und Russen niemals gleichkommen. Allerdings kommen nicht nur die Zahlen in Betracht, sondern offenbar ebenso sehr die Schnelligkeit der Mobilisierung und des Aufmarsches, der innere Zusammenhalt des Heeres und die Führung. In allen diesen Dingen sind wir aber den Franzosen mindestens gewachsen, in einzelnen sogar vielleicht überlegen, den Russen sicher überlegen, ohne daß die Tüchtigkeit des russischen Soldaten, die sich auf hunderten von Schlachtfeldern bewährt hat, damit irgendwie in Frage gestellt würde. Wir vermiffen außerdem in den bisherigen offiziellen und amtlichen Auslassungen ein gewisses Etwas, den Ton der festen Zuversicht auf die sittliche Kraft und die Vaterlandsliebe unsers Volks, den frohen Glauben an die Macht der „Imponderabilien.“ Statt dessen macht sich eine gewisse Ängstlichkeit, ein gewisser Kleinmut bemerklich. Und doch sind es noch

nicht fünf Jahre her, allerdings die fünf schwersten Jahre der neuesten deutschen Geschichte, daß im Reichstage bei einer ähnlichen Gelegenheit das stolz-demütige Wort gesprochen wurde: „Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts in der Welt.“

Darauf also kommt alles an, daß die Reichsregierung imstande ist, den zwingenden Beweis für die Notwendigkeit der geforderten Heeresverstärkung zu führen. Freilich wird ihr das viel schwerer werden, als es der frühern Regierung geworden wäre. Denn das läßt sich nun einmal nicht in Abrede stellen: in weiten Kreisen der Nation fehlt es an jedem Vertrauen zu dem „neuen Kurs,“ nicht nur, weil es eben der neue ist, sondern weil niemand so recht an die Stetigkeit und Besonnenheit der Leitung glaubt. In dieser Beziehung haben die Verhandlungen über das preußische Volksschulgesetz und über die Handelsverträge unendlich viel geschadet. Immerhin kann es sich in dieser schweren Entscheidung nicht um die Personen, sondern nur um die Sache handeln, die sie vertreten, und es darf gewiß nicht außer Acht gelassen werden, daß der einzige der noch lebenden siegreichen Heerführer von 1870/71, der unter allen regierenden deutschen Fürsten jetzt noch allein die Überlieferungen jener großen Zeit in seiner Persönlichkeit und Erfahrung vertritt, König Albert von Sachsen, durch seine Regierung für die Heeresvorlage eintritt. Die ihm zu Gebote stehenden Beweise müssen also doch wohl sehr zwingend sein. Es läßt sich denken, daß durch diese äußerste Anspannung der deutschen Wehrkraft die Franzosen, die sehr wohl wissen, daß sie jetzt schon am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind und uns nicht mehr nachkommen können, endlich zu der Überzeugung gebracht werden, ein Krieg gegen uns sei aussichtslos, und daß also der Friede dadurch gesichert wird; auch mögen die militärischen Fachmänner, was freilich noch nirgends offen ausgesprochen worden ist, von den Feuerwaffen der neuesten Zeit so große Verluste befürchten, daß sie rechtzeitig für ausgiebigen Ersatz sorgen zu müssen glauben.

Gelingt es der Regierung, den Nachweis für die Notwendigkeit dieser Heeresverstärkung sachlich überzeugend zu führen, sei es im Reichstage, sei es in der Kommission, wo der Reichskanzler schon vor wenigen Tagen den Anfang gemacht hat, dann allerdings muß der Reichstag ihre Forderung bewilligen. Denn entweder ist die Regierung in ihrem Gewissen gebunden, die Vorlage einzubringen, dann kann sie in wesentlichen Punkten nicht zurückweichen, oder sie weicht zurück, dann würde sie eingestehen, daß es ihr nicht ganz Ernst damit gewesen sei, und sie würde damit ihr ganzes Ansehen verspielen. So und nicht anders ist die Lage. Daß die Geldmittel nicht zu beschaffen wären, kann niemand im Ernste behaupten. Trotz „wirtschaftlichem Rückgang,“ „Notstand“ und preußischem Defizit ist der Wohlstand der Nation doch im ganzen in den letzten Jahrzehnten unzweifelhaft wesentlich gestiegen. Im Falle einer gründlichen Niederlage würden uns unsre Besieger sehr bald

und sehr ausgiebig beweisen, daß unsre wirtschaftliche Kraft durchaus hinreiche, um das Zehn- und Zwanzigfache der jetzt geforderten Mehrbelastung zu tragen. Aus dem verarmten und verkleinerten Preußen, einem Mittelstaate von kaum fünf Millionen Einwohnern, hat Napoleon der Erste in den Jahren 1806 bis 1813 nachweislich über eine Milliarde Franks herausgepreßt. Für das jezige deutsche Reich würde das, bloß nach der Einwohnerzahl, nicht nach dem Wohlstande berechnet, etwa das Zehnfache, also mindestens zehn Milliarden Franks, das Doppelte der französischen Kriegsschädigung von 1871, betragen, und die blutsaugerische moderne Börsenwirtschaft würde in diesem Falle schon dafür zu sorgen wissen, uns planmäßig den letzten Tropfen Lebenskraft auszupressen. Von den Abgeordneten aller Parteien aber hat das Volk zu fordern, daß sie sich weder durch alte Lieblingswünsche noch durch Winke von oben bestimmen lassen, anders zu entscheiden als rein sachlich und mit dem vollen Bewußtsein der schwersten Verantwortung nach beiden Seiten hin. *Salus reipublicae suprema lex esto!*



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Gründerzeit. Während in der wirtschaftlichen Welt die Klagen über die chronische „Krisis“ oder „Depression“, über den schlechten Geschäftsgang und über das Elend der Arbeitslosigkeit kein Ende nehmen, ist in der geistigen Welt nichts von einem Niedergange und von einem Mangel an Unternehmungslust zu spüren. Im Gegenteil, wenn man sich auf gewisse äußere Anzeichen verlassen kann, sind wir in eine Blüteperiode des „Geistes“ eingetreten, wie sie seit der Begründung des neuen Reichs noch nicht dagewesen ist. Welches werden die Früchte sein, wenn die Zeit der Reife und der Ernte gekommen ist? Hoffentlich wird nicht vor der Ernte ein unvorhergesehenes Wetter niedergehn und alles niederreißen oder wegschwemmen, was nicht sicher verwahrt und nicht recht widerstandsfähig gemacht worden ist.

Als den Anfangspunkt dieser Blüteperiode muß man wohl die Entlassung des Fürsten Bismarck und die Aufhebung des Sozialistengesetzes oder auch das „weltgeschichtliche“ Datum der letzten Reichstagswahl, den 20. Februar 1890, betrachten. Wer kann alle die Neugründungen und alle die Namen nennen, die seitdem aus dem Dunkel des Nichts emporgetaucht sind und entweder nichts geblieben oder etwas oder viel geworden sind!

Nach verschiedenen Richtungen lassen sich die Anzeichen der Gründerzeit auf geistigem Gebiete verfolgen. Da sind zunächst die „Gesellschaften“, um nicht zu sagen die Aktiengesellschaften. Sie pflegen besonders zweierlei „Spezialitäten“, mit denen sich gut Reklame machen läßt, sie widmen sich der Erfindung oder Ver-